



# Politische Bildung in Mittelosteuropa

Eine Annäherung an Polen,  
Tschechien und Ungarn

Nóra Hoffmann, Monika Nikzentaitis-Stobbe (Hrsg.)





# Politische Bildung in Mittelosteuropa

Eine Annäherung an Polen,  
Tschechien und Ungarn

Nóra Hoffmann, Monika Nikzentaitis-Stobbe (Hrsg.)



Verein für Sprach-  
und Kulturaustausch  
in Mittel-, Ost- und  
Südosteuropa

Diese Publikation wurde von der Robert Bosch Stiftung und von der  
Stiftung für Deutsch-Polnische Zusammenarbeit gefördert.

## Impressum

Politische Bildung in Mittelosteuropa  
Eine Annäherung an Polen, Tschechien und Ungarn

Nóra Hoffmann, Monika Nikzentaitis-Stobbe (Hrsg.)  
Im Auftrag von MitOst e.V.

Unter Mitwirkung von Julia Ucsnay, Judit Langer-Buchwald, Rahel de  
Fallois, Malte Frye, Darius Polok, Peter Wittschorek

Lektorat: Heike Fahrún

Layout: Géza Györe, Maxim Neroda

MitOst-Editionen Band 19  
1. Auflage, 2008

ISBN 3-9810792-9-9  
[www.mitost.org](http://www.mitost.org)

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort: MitOst auf dem Gebiet der politischen Bildung GRZEGORZ NOCKO, Vorstand MitOst e.V.	7
Vorwort: Die Robert Bosch Stiftung und die Förderung der politischen Bildung in Mittel- und Osteuropa CARSTEN LENK, Robert Bosch Stiftung	9
Einführung: Politische Bildung in Mitteleuropa. Eine Annäherung an Polen, Tschechien und Ungarn NÓRA HOFFMANN, MONIKA NIKZENTAITIS-STOBBE	14
<b>Der Diskurs in Mitteleuropa</b>	
Politische Bildung in Zeiten gesellschaftlicher Transformation DARIUS POŁOK	20
Diskussion: Fördermöglichkeiten für politische Bildung Redaktion: MONIKA NIKZENTAITIS-STOBBE	28
Neue Herausforderungen der politischen Bildung in Mitteleuropa NÓRA HOFFMANN	44
Staatsbürgerliche Erziehung (Civic Education) im heutigen Ungarn JULIANNA MRÁZIK	52
Demokratie – Bildung für alle? ILDIKÓ ESZTERÁG	58
Ein alternatives pädagogisches Modell für Schulen in Ungarn: ÉKP JUDIT LANGER-BUCHWALD	66
Kommunismus und Nostalgie in der heutigen Tschechischen Republik – was ist zu tun? DR. JAROSLAV ŠONKA	74
Bürgerbildung in Schulen im Lichte der Integration Polens in die Europäische Union KRZYSZTOF KACUGA	83
Die wachsende Bedeutung der bürgergesellschaftlichen Bildung in Polen DR. DOROTA BARWIŃSKA	94

## Länderberichte

Politische Bildung in Polen AGNIESZKA ŁADA	102
Politische Bildung in der tschechischen Republik ANNA KÁRNÍKOVÁ	108
Politische Bildung in Ungarn NÓRA HOFFMANN	112

## Ausgewählte Institutionen

Instytut Spraw Publicznych, Warszawa	118
Fundacja krzyżowa dla porozumienia europejskiego, Krzyżowa	120
Initiative Mittel- und Osteuropa, Berlin	122
Theodor-Heuss-Kolleg der Robert Bosch Stiftung und des MitOst e.V., Berlin	123
Politische Bildung in Aktion, Bonn	125
Politikfabrik, Berlin	127
Aktív Állampolgárság Alapítvány, Budapest	128
NANE – Nők a Nőkért Együtt az Erőszak Ellen, Budapest	130

## Anhang

Konferenzprogramm	132
Autorenverzeichnis	135

# MitOst auf dem Gebiet der politischen Bildung

## Vorwort

Als Verein für Sprach- und Kulturaustausch in Mittel-, Ost- und Südosteuropa engagiert sich MitOst seit seiner Gründung 1996 für Völkerverständigung und Bildung und führt in diesem Rahmen Projekte und Programme in den Bereichen Kultur und Zivilgesellschaft durch.

Bereits 1997 organisierte MitOst in Kreisau/Krzyżowa das erste studentische Seminar unter dem Motto »Wahrnehmen und Berichten – Zeitungsarbeit an Universitäten und Hochschulen«, in dem die Teilnehmer Kompetenzen erlernten, die sie dazu befähigten, an einer offenen und lebendigen Bürgergesellschaft mitzuwirken. Dieses Ziel der politischen Bildung wurde über Jahre weiter verfolgt, bis daraus ein von der Robert Bosch Stiftung unterstütztes eigenes Programm, das Theodor-Heuss-Kolleg, entstand.

Sowohl durch das Engagement seiner Mitglieder als auch durch eine professionelle Programmarbeit hat MitOst in den vergangenen zehn Jahren immer wieder Impulse in diesem Bereich gesetzt und sich als Plattform für Projekte und Kooperationen etabliert. Ziel war es dabei immer, ein Forum für Begegnung und Dialog, Kontakte und Informationen zu bieten.

Zehn Jahre nach dem ersten Seminar in Kreisau/Krzyżowa wurde zum Jubiläum mit der Konferenz *Bildungsziel: Bürger. Politische Bildung in Ländern Mitteleuropas* ein neues Format aufgelegt, das zwei Ziele verfolgt: Das bestehende Netzwerk soll um neue Akteure der politischen Bildungsarbeit erweitert werden, um internationale Vergleiche auf diesem Gebiet zu ermöglichen. Darüber hinaus sollen Ergebnisse und Erfahrungen von Experten aus der Wissenschaft, Zivilgesellschaft, dem Bildungswesen sowie von Einzelpersonen auf theoretischer und praktischer Ebene diskutiert und vertieft werden, um eine europäisch gedachte politische Bildungsarbeit gestalten zu können.

Es bietet eine für MitOst neue Plattform für den internationalen Austausch und vertieft das Thema politische Bildung auf theoretischer und praktischer Ebene. Die Grundlage der Bürgergesellschaft ist das Handeln der einzelnen Akteure. Deswegen kommt der politischen Bildung sowohl im schulischen als auch im außerschulischen Bereich eine entscheidende Bedeutung zu. Die erste Konferenz wollte einen

Über- und Ausblick zu dem Thema bieten, um im internationalen Vergleich Informationen und Anregungen auszutauschen.

Der vorliegende Band enthält die Rede- und Diskussionsbeiträge der Konferenz. Da sie gezeigt hat, dass auf dem Gebiet der politischen Bildung im Mitteleuropa bisher kaum ein Austausch stattfindet, wurden die Beiträge um Länderberichte sowie Artikel zum aktuellen Diskurs ergänzt, um sie einem breiteren Publikum zugänglich zu machen.

Die Robert Bosch Stiftung sowie die Stiftung für Deutsch-Polnische Zusammenarbeit haben die Realisierung der Konferenz und auch die Veröffentlichung dieses Bandes ermöglicht. Beiden Förderern sei an dieser Stelle herzlich gedankt!

Die Initiative für die Konferenz sowie für die Erstellung dieser Publikation ging von Mitgliedern des MitOst e.V. aus. Ihnen danken wir herzlich für das große Engagement.

An die Entwicklung der Zivilgesellschaft werden unterschiedliche Erwartungen geknüpft. Wir hoffen, dass der vorliegende Band das Feld der politischen Bildung in Mittel-, Ost- und Südosteuropa weiter befruchten und möglichst vielen Akteuren eine wichtige Unterstützung darin sein wird, politische Bildung vielfältig und praxisorientiert zu gestalten und neue Handlungsfelder der Zivilgesellschaft zu identifizieren.

Für den gesamten  
Vorstand MitOst e.V.  
Grzegorz Nocko

Berlin, 12. August 2008



# Staatsbürgerliche Erziehung (Civic Education) im heutigen Ungarn

Von Julianna Mrázik

## Einführung

Die vorliegende Studie wird darstellen, unter welchen Aspekten Experten im heutigen Ungarn<sup>1</sup> versuchen, die Inhalte der staatsbürgerlichen Erziehung zu bestimmen. Die Akteure der staatsbürgerlichen Erziehung sind auf zwei voneinander völlig getrennten Gebieten aktiv: In der nicht-formellen Bildung wurden seit dem Systemwandel zahlreiche Programme gestartet, deren Ziel der Ausbau einer starken Zivilgesellschaft in Ungarn ist. Die in erster Linie aus amerikanischen Mitteln finanzierten Programme haben die Herausbildung der Kontrollfunktion des dritten Sektors akzentuiert<sup>2</sup>. Das Hauptziel der deutschen Stiftungen ist es, einen Kreis von Entscheidungsträgern und Führungskräften aufzubauen, die sich im demokratischen politischen System orientieren können und an einem gemeinsamen europäischen intellektuellen Netzwerk teilnehmen<sup>3</sup>. Für die formelle Bildung wurde dagegen die staatsbürgerliche Erziehung erst zur Kernfrage, als die Gestaltung einer einheitlichen Bildungslandschaft eine strategische Komponente der Bildungspolitik der Europäischen Union wurde. In dieser Konzeption ist der Staatsbürger, der sein Leben bewusst gestalten und in die Hand nehmen kann, ein Schlüsselfaktor.

Bisher gibt es zwischen den Konzepten der außerschulischen/nicht-formellen und schulischen/formellen Bildung noch keine Berührungspunkte, obwohl erste Pläne dazu schon formuliert wurden. Dieser kurze Überblick hebt daher diejenigen Themen hervor, über die in Ungarn bereits Diskussionen gestartet wurden, um die staatsbürgerliche Erziehung als strategisches Gebiet mit Inhalten zu füllen. Es ist wichtig zu betonen, dass es vorläufig weder eine politische noch fachwissenschaftliche Absicht gibt, das Gebiet einheitlich zu behandeln.

<sup>1</sup> Im folgenden Text werden die jeweiligen Aspekte kursiv geschrieben.

<sup>2</sup> Matthias Firese (2005): Demokratie-Bildung. In: Europa bilden. Politische Bildung zwischen Ost und West. Zeitschrift Osteuropa, 55. Jahrgang, S. 88.

<sup>3</sup> Ebd. S. 86.

Es liegen daher bislang keine einheitlichen Arbeitsdefinitionen und keine Forschungsthemen vor, die effektive Lehr- und Lernprozesse unterstützen.

## Komponenten des Diskurses

Thema des Diskurses sind *die inhaltlichen Merkmale von Civic Education und die sie beeinflussenden Faktoren*. Die Art der staatsbürgerlichen Erziehung bzw. der Erziehung zu Staatsbürgern und die Möglichkeiten ihrer Institutionalisierung werden durch das jeweilige *Kindheits- und Lehrerbild* einer Epoche beeinflusst.

Aus der Definition von Kindheit folgt die Frage, von wann bis wann die staatsbürgerliche Erziehung dauern sollte. Wenn wir die volle Lebensdauer des menschlichen Individuums nehmen, ist die Erziehung eine die ganze Zeitdauer begleitende Tätigkeit, aber die teilnehmenden Personen, ihre Anzahl, ihr Tätigkeitsbereich, die Ziele und die Methoden verändern sich und die Effektivität und Intensität der Handlungen werden in den verschiedenen Lebensabschnitten modifiziert. Ab einem gewissen Punkt des Prozesses kann sich die (staats)bürgerliche Erziehung in eine Art *Selbsterziehung* verwandeln, unter der das Handeln eines selbstbewussten, autonomen, gesellschaftlich eingegliederten Individuums verstanden wird. Die Erreichung dieses Stadiums kann eines der möglichen Ziele der Civic Education sein.

Während sich derzeit in Ungarn das allgemeine Bildungssystem in erster Linie auf die staatsbürgerliche Erziehung der jüngeren Altersklassen konzentriert, taucht das Thema der Erwachsenenbildung und der Lehrerbildung in den Diskursen nur am Rande auf. Die Herausbildung einer aktiven Staatsbürgerschaft wird durch Sozialisationsprozesse, die während der aktiven Mitarbeit in den Zivildorganisationen wirken, gefördert. Während in den EU-Förderprogrammen die Förderung der Sozialisation explizit genannt wird, lassen die ungarischen Fördersysteme diesen Aspekt in der Betonung der Ergänzungs-, Korrektions- bzw. Dienstleistungsfunktion der Zivilgesellschaft nur implizit aufscheinen.

Gemeinsamer Charakterzug der über die spezifischen historischen Epochen sich verändernden Vorstellungen von Kindheit ist, dass die Last der *Verantwortung dem jeweiligen Erzieher* aufgeladen wird. Die Schlüsselfigur der staatsbürgerlichen Erziehung ist also diejenige Person, die diese Art der erzieherischen Tätigkeit ausübt; ihre Kenntnisse, ihre

Vorbereitung und die Tatsache, ob sie befähigt ist, sich und andere mit Problemen zu konfrontieren, spielen eine entscheidende Rolle. Da bislang in Ungarn noch keine Standards für die Lehre festgelegt wurden, anhand derer für die Lehrerausbildung eine *Liste der (zu erwartenden) idealen Lehrkompetenzen* ausgearbeitet werden könnte, gibt es auch noch keine Pädagogen für staatsbürgerliche Erziehung. Die Komponenten einer Ausbildung wären:

- Kompetenzen in der Steuerung und Planung von Sozialisationsprozessen,
- die zur Behandlung von Rollen nötigen Kompetenzen,
- Kompetenzen der Personalisierung<sup>4</sup>,
- aus dem Leben der Schulorganisation folgende Kompetenzen der Beziehungsarbeit,
- Kompetenzen der Administration und der Informationsaufbereitung,
- Kompetenzen der Interessenvertretung,
- Kompetenzen der Selbstverwirklichung<sup>5</sup>.

Das auf diesen Kriterien basierende Ausbildungsprogramm für Lehrer für staatsbürgerliche Erziehung und seine daraus folgenden Auswirkungen auf die *Lehre* muss noch ausgearbeitet werden.

Die *Institutionalisierung* von Civic Education wirft mehrere Fragen auf: (staats)bürgerliche Erziehung kann heutzutage nicht mehr ausschließlich im primären Sozialisationskontext, der Familie, oder in der Schule erfolgen. Die *expliziten* Institutionen der Erziehung, die in ihrer physisch erfassbaren Wirklichkeit existieren, müssen von denen getrennt werden, die als *implizite* Institutionen der Erziehung existieren, wie Medien, Religion, Sport und weitere zahlreiche außerschulische Möglichkeiten der staatsbürgerlichen Erziehung, also den nicht-institutionellen Schauplätzen der Sozialisation. Diese nicht-institutionalisier-

4 Die Personalisierungskompetenz des Lehrers spielt in folgenden Bereichen eine wichtige Rolle: in dem Kennen der Biographie des Lerners, in der Erkennung und im Umgang mit Problem-, Konflikt- und Frustrationssituationen, in der Diagnose von Lernschwierigkeiten des Lerners, in der Analyse von Konfliktsituationen zwischen Eltern und Lehrern. Diese Kompetenz ist notwendig, um die Lerner auf eine passende Berufswahl vorzubereiten, auf die Prävention vor Drogensucht sowie auf den Abbau von Vorurteilen. Sie ermöglicht die Statuierung von guten Beispielen und Vorbildern.

5 Siehe auch: Zsolnai, József (2001): *Az alkotó pedagógia továb(i) él(ete) Pápán*. PE BTK NI, Pápa, S. 22.

ten Orte der Erziehung müssen als eigener Wirkungsplatz von Civic Education begriffen werden, da die Schulen in Ungarn auf gesellschaftliche Prozesse nicht kontinuierlich oder gar nicht reagieren. Es besteht eine große Dissonanz zwischen der inneren Welt der Schule und der die Schule umgebenden Außenwelt, und beide entfernen sich immer weiter voneinander. Für die Annäherung der beiden Bereiche kann die Civic Education eine maßgebliche Rolle spielen.

Eine weitere Frage ist die Festlegung *des staatsbürgerlichen »Wissens« und des Kontexts*, in dem die staatsbürgerliche Erziehung zu erfassen und zu charakterisieren ist. Das Ideal der Wissensgesellschaft wurde neu definiert: es geht nicht mehr um summatives Wissen, das menschliche Wissen wurde vielmehr zu einer unübertragbaren, unausbeutbaren und sich ununterbrochen erneuernden Ressource. Dazu muss ergänzt werden, dass die Konzentration auf Kompetenzen (Kompetenzbasiertheit) nicht den Zwang zum Erlernen kontextabhängiger Fähigkeiten bedeutet, sondern eine Erfahrungheit, die das Verständnis von Werten ermöglicht: Kompetenz ist die Fertigkeit »der schnellen Problemlösung, der erfolgsorientierten Zeit- und Aufwandsinvestition, des Initiativvermögens und der Übernahme von sinnvollem Risiko«<sup>6</sup>. Diese Bestrebungen lassen sich auch daran ablesen, dass inzwischen die staatsbürgerlichen und sozialen Kompetenzen zum bestimmenden Bildungsinhalt des allgemeinbildenden Schulwesens wurden.

Bei der Bestimmung der Bildungsinhalte müssen *die makrogesellschaftlichen Prozesse* berücksichtigt werden. Es ist nicht vorstellbar, dass gleichzeitig die Idee der Rechtsgleichheit vermittelt wird und Systeme zugelassen werden, die ausgrenzend sind. Unter gesellschaftlichen Makro-Prozessen werden Armut, Rückständigkeit, Benachteiligung, demographische Veränderungen usw. verstanden. Diese führen zur Herausbildung von Ungleichheit in der Gesellschaft und nach einiger Zeit auch zu ihrer Festigung. Heute ist die große Frage der Schule, wie sie auf diese Dissonanzen reagiert. Aus Untersuchungen wurde deutlich, dass die Schule in Ungarn die sozio-ökonomischen Unterschiede unter den Kindern fördert und konserviert. »Das bedeutet, dass die Schüler in Ungarn (in Frankreich und Luxemburg) die geringste Chance haben, aufgrund ihres sozialen, kulturellen und wirtschaft-

<sup>6</sup> Brighelli, Jean Paul (2002): Butaságra kárhoztatva. Az iskolák programozott halála. Kairosz Kiadó, Budapest, S. 165.

lichen Hintergrundes ein besseres Ergebnis als erwartet zu erreichen<sup>7</sup>. Vielleicht können die noch auszuarbeitenden und zu aktualisierenden Inhalte und der institutionalisierte Rahmen der Civic Education der gesellschaftlichen Orientierung in diesem Sinne dienen.

Es gehört zu den philosophischen Grundlagen des demokratischen Bildungssystems, dass in der Gesellschaft, unabhängig von Rassen- und Religionszugehörigkeit und unabhängig von der Ausstattung mit materiellen Gütern, Rechtsgleichheit für alle Mitglieder der Gesellschaft besteht. Die gesellschaftlichen (Chancen)ungleichheiten verbergen sich nicht nur in der Unterschiedlichkeit der Rechtsauffassung, sondern sie wurzeln gleichzeitig in der Gesellschaft selbst und ihrer Kultur. Ausgangspunkt der soziologischen oder kompensatorischen Annäherung ist das Entstehen von Unterschieden aus der Berührung von verschiedenen Kulturen. Nur einen Sprung davon entfernt ist die Emanzipationsauffassung, die besagt, dass das Individuum seine Identität nicht aufgeben muss, wenn es integrierter Teilnehmer der Mehrheitskultur sein möchte.

Einen wichtigen Teil der Identität bildet die Sprache, die Verwendung der Muttersprache und das Recht auf Wissen, auf Wissenszuwachs, auf das Lernen, auf die Erledigung offizieller Angelegenheit und nicht zuletzt die Einsicht der daraus stammenden Pflicht, dies in der Muttersprache zu gewährleisten.

Daraus folgt, dass die Kenntnis der Rechte und Pflichten, die Fertigkeit der Interpretation der Rechtsordnung und die Erkenntnis der sich daraus ergebenden Verpflichtungen in dem Prozess des Wandels zu einem »guten Bürger« unerlässlich sind – wo das »Gute« nicht im Verhältnis zu etwas anderem gut ist, sondern es den Wert des Individuums und gleichzeitig das Pfand des gesellschaftlichen Vorankommens bedeutet.

*Der Inhalt von Civic Education* ist also das Unterrichten der juristischen Kenntnisse, die Schaffung der Fähigkeit zur Konfrontation mit Benachteiligung, die Herausbildung der Fähigkeit und Fertigkeit zur Erledigung offizieller Angelegenheiten; die Sprach- und Landeskunde könnte ein neuer, in den vorläufigen Inhalten des Bildungswesens noch nicht vorhandener Kontext werden und dessen glaubwürdige

<sup>7</sup> Balázs, Ildikó – Ostorics, László – Szalay, Balázs (2007): A ma oktatása és a jövő társadalma. Összefoglaló jelentés. PISA 2006. Oktatási Hivatal, Budapest, S. 54.

Implementierung nach sich ziehen, der notwendigerweise die theoretische, auf Forschung basierende Einbettung vorangehen muss.

In den vergangenen Jahren waren in Ungarn Inhalt und Umsetzung von Civic Education eine zentrale Frage für das Bildungswesen. Obwohl in einigen europäischen Ländern, z.B. in Deutschland, dem Diskurs über die oben dargestellten Themenschwerpunkte eine lange Tradition voranging, kann man in Ungarn nur hoffen, dass die Reformbestrebungen nicht nur von vereinzelt, sondern systematischen Debatten begleitet werden.

# Die wachsende Bedeutung der bürgerschaftlichen Bildung in Polen

Von Dr. Dorota Barwińska

Dass Demokratie herrscht, kann man nicht einfach und mehrheitlich entscheiden – zur Demokratie muss man fähig sein, befähigt werden. Damit die Bürger aktiv an der Demokratie teilnehmen können, sollte man für sie adäquate Bedingungen schaffen und ihnen den Erwerb konkreter Ressourcen und Fertigkeiten ermöglichen. Die Grundlagen dafür müssen durch Bildung und Erziehung gelegt werden.

Hier spielt die bürgerschaftliche Bildung, so wird in Polen die politische Bildung genannt, eine wesentliche Rolle. Bürgerschaftliche Bildung ist eine unverzichtbare Grundlage für eine freie, solidarische und gerechte Gesellschaft. Sie dient der Entfaltung der menschlichen Fähigkeiten (die z. B. die Teilnahme am sozial-politischen Leben ermöglicht) und trägt entscheidend zur Chancengleichheit für alle bei. In Polen wird die bürgerschaftliche Bildung vor allem durch die Schulen in Erziehungs- und Bildungsprogrammen durchgeführt.

Die Bürgerschaft erfordert ständiges Lernen und das Aneignen von neuen Kompetenzen. Die Richtlinien für bürgerschaftliche Bildung findet man in den Konvergenzprogrammen für die Jahre 2007-2013, wobei man feststellen wird, dass diese im größeren Kontext der Gesellschaftspolitik eingebunden sind.

In Polen wurde der bürgerschaftlichen Bildung erst ab dem Jahr 2005 ein höherer Stellenwert eingeräumt, nachdem der Europarat die Aufmerksamkeit auf das Thema gelenkt hatte und eben dieses Jahr zum »Europäischen Jahr der Demokratieerziehung« ausrief. Dadurch wollte der Europarat auf die Tatsache aufmerksam machen, wie wichtig die Bildung – sowohl die formale als auch die nicht-formale – in einer lebenslangen Perspektive für die Entwicklung einer aktiven Bürgerschaft ist. Für Polen bedeutete das »Europäische Jahr der Demokratieerziehung« die Umsetzung von vielen regionalen und auf Ortsebene durchgeführten Projekten: Schulungen, Workshops, Lehrerkonferenzen sowie Publikationen, die sich mit der bürgerschaftlichen Bildung befassen, und aus denen sich konkretes Handeln für Lehrer und

Schüler entwickelte.

Ebenso hat das polnische Ministerium für Sozialpolitik seitdem die Bedeutung der bürgerschaftlichen Bildung hervorgehoben und eine Unterstützungsstrategie für die Zivilgesellschaft entwickelt<sup>1</sup>. Sie zeigt die langfristige Tendenz, sich mit sozialen Problemen zu beschäftigen.

Die Unterstützungsstrategie für die Entwicklung der Zivilgesellschaft hat grundsätzlich vier Funktionen:

- Eine bildende Funktion, die für die Gestaltung von Bürgerbewusstsein und bürgerschaftlichen Haltungen sorgen soll.
- Eine integrierende Funktion, im Sinne einer Rückwirkung auf die partnerschaftlichen Relationen zwischen den Beteiligten während der Entwicklung der Strategie.
- Eine motivierende Funktion, die als ein ganzer Komplex von Inhalten und praktischen Instrumenten verstanden wird, die sowohl die Bürger als auch die Staatsmacht bei dem Aufbau der Zivilgesellschaft inspirieren soll.
- Eine programmatische Funktion, die als eine direkte Rückwirkung auf den Entstehungsprozess des Programms für eine Zivilgesellschaft verstanden wird.

Jede der oben genannten Funktionen bildet eine Möglichkeit und zugleich eine Herausforderung für die Entstehung von bürgerschaftlichen Aktivitäten und gibt einen Anstoß für ein Zusammenwirken im Rahmen der Bildung einer Zivilgesellschaft.

In dieser Unterstützungsstrategie wird die Zivilgesellschaft definiert als ein Handlungsgebiet von Institutionen, Organisationen, Gruppen und einzelnen Individuen, das innerhalb einer Familie, eines Staates oder aber im Rahmen eines Marktes sich überall dort ausbreitet, wo eine Debatte zum Thema »Werte, das gemeinsame Gut und die freiwillige Zusammenarbeit zur Verwirklichung gemeinsamer Interessen« geführt wird<sup>2</sup>.

<sup>1</sup> Unterstützungsstrategie für eine bürgerliche Gesellschaft 2007-2013. Ministerstwo Polityki Społecznej Warszawa 2005.

<sup>2</sup> Ebd. Unterstützungsstrategie für eine bürgerliche Gesellschaft, S. 7.



Die Unterstützungsstrategie definiert folgenden Auftrag für die Zivilgesellschaft. Sie soll zur Verstärkung der Bürger als Subjekte beitragen und die Voraussetzungen für die Entwicklung der bürgerschaftlichen Institutionen schaffen. Die Souveränität der Bürger, verstanden als relativ stabile Fähigkeit zu souveränen Tätigkeiten und der Teilnahme am öffentlichen Leben, bildet ein wichtiges Fundament der Demokratie und eines gut funktionierenden Staates. Die Unterstützungsstrategie nennt 4 Zielbereiche:

- Aktive, bewusste Bürger
- Starke Nichtregierungsorganisationen
- Soziale Integration
- Soziale Marktwirtschaft<sup>3</sup>

Die Förderung der bürgerschaftlichen Bildung sollte sich nach dem erwähnten Strategieprogramm des Ministeriums für Sozialpolitik zeigen in

- der Steigerung der Leistungsfähigkeit der Erziehungs- und Bildungsinstitutionen, die bürgerschaftliche Programme anbieten und bürgerschaftliches Bewusstsein verstärken,
- der Unterstützung der Infrastruktur zur Bereitstellung kostenloser und umfassender Informationen,
- der Unterstützung von Bürgerinitiativen und humanitären Einstellungen<sup>4</sup>.

Diese Unterstützungsstrategie ist eines der wichtigen Dokumente, aus denen sich das »Operationelle Programm bürgerliche Gesellschaft 2007–2013« in Polen ergibt. Bei der Entwicklung dieses Programms berücksichtigte man folgende Dokumente, Strategien und Programme.

- Unterstützungsstrategie für eine bürgerliche Gesellschaft 2007– 2013
- Nationale Strategie Sozialer Integration für Polen
- Tätigkeitsplan – Soziale Integration 2004–2006

<sup>3</sup> Ebd. Unterstützungsstrategie für eine bürgerliche Gesellschaft, S. 21.

<sup>4</sup> Ebd. Unterstützungsstrategie für eine bürgerliche Gesellschaft, S. 23.

- Nationales Gesetz vom 24.04.2003 über Freiwilligenarbeit und Ehrenamt (Nichtregierungsorganisationen sollen gemeinnützige Aufgaben für den Staat übernehmen)
- Staatliches Programm »Fonds für Bürgerliche Initiativen« (FIO)

Das Programm will die Souveränität des Bürgers unterstützen und günstige Bedingungen für die Entwicklung der Institutionen in der Zivilgesellschaft schaffen.

Das Programm entstand aus einer Vision zur Entwicklung der Bürgergesellschaft und zielt auf ein optimales Engagement der Bürger im öffentlichen Leben ab. Zusätzlich sieht es auch die qualitative und quantitative Entwicklung der Bürgerinstitutionen (Vereine und Verbände) vor.

Zu den wichtigsten Prioritäten des Programms gehören, genauso wie in der Strategie, die Förderung aktiver, bewusster Bürger und starker Nichtregierungsorganisationen. Die Priorität »Aktive Bürger« ist mit folgenden Tätigkeiten verbunden:

- Bürgergesellschaftliche Bildung,
- Aktivierung der Bürger in öffentlichen Angelegenheiten,
- Aktivierung lokaler Gesellschaften in lokalen Partnerschaften,
- Schaffung einer Infrastruktur für bürgerschaftliche Tätigkeiten.

Bürgergesellschaftliche Bildung steht hier an der ersten Stelle und das ist nicht verwunderlich. Schließlich weist vieles darauf hin, dass in Polen eine bürgerschaftliche Apathie herrscht und es ein großes demokratisches Defizit gibt: Die Menschen konzentrieren sich vor allem auf ihre eigenen Probleme und nehmen öffentliche Angelegenheiten nur am Rande wahr<sup>5</sup>.

Um der Aufgabe der bürgerschaftlichen Bildung gerecht zu werden und das Thema breit bearbeiten zu können, wird ein Zuwachs von qualifizierten Fachkräften Bildungs- und Erziehungsorganisationen sowie die Realisierung von Bildungsprogrammen angestrebt, die bürgerschaftliches Bewusstsein fördern. Dazu gehören u.a. Schulungen, die die Kompetenzen von Fachkräften erweitern, die mit Kindern,

<sup>5</sup> Program Operacyjny Społeczeństwo Obywatelskie (Operationsprogramm Zivilgesellschaft), S. 52.

Jugendlichen und Erwachsenen arbeiten. Dabei wird das Ziel verfolgt, dass alle Empfänger so verstandener bürgergesellschaftlicher Bildung Elemente einer sozialen Struktur werden, angefangen bei der Familie und der lokalen Gesellschaft bis hin zur globalen Gesellschaft.

Das Programm sollte durch folgende Institutionen eingeführt werden:

- Nichtregierungsorganisationen,
- Hochschulen, Universitäten,
- Forschungsinstitute,
- Schulungsinstitute,
- Aus- und Fortbildungseinrichtungen,
- Schulen,
- kulturelle Institutionen.

Das operationelle Programm ist sehr weit gefasst, was man an der Formulierung der Prioritäten ablesen kann. Das Ministerium für Sozialpolitik hat eine Beratungsgruppe ins Leben gerufen, die das Programm begleitet. Die Aufgabe, die die Beratungsgruppe als erstes zu lösen hatte, war die Selektion der Prioritäten, um daraus geeignete Maßnahmen abzuleiten, konkrete Aufgaben zu konstruieren und präzise die Zielgruppen aufzuzeigen. Als Muster diente hier das »Operationelle Programm zur Entwicklung der Human-Ressourcen« (Program Operacyjny Rozwój Zasobów Ludzkich).

Wichtig ist, dass die meisten Aufgaben, die mit der Entwicklung der Zivilgesellschaft zu tun haben, aus der Eigeninitiative der Bürger entstehen. Die Regierung kann die Bürger dabei nicht ersetzen, sondern sollte sie im Idealfall nur unterstützen. So wurde bei der Umsetzung die Öffentlichkeit informiert und eingebunden. Die öffentlichen Konsultationen des Programms trafen, auch und gerade wegen der objektiven Darstellung durch die Medien, auf Interesse in der Gesellschaft, vor allem bei den Vertretern der Nichtregierungsorganisationen. Dank dieser öffentlichen Konsultationen ist es möglich geworden ein Programm vorzubereiten, das den Bedürfnissen der Bürger entspricht.

Bei all den Strategien und Programmen darf nicht verloren gehen, dass der Schwerpunkt auf der Konzeption der Bürgeraktivität, der Partizipation und der Demokratie liegt.

Heutzutage stehen die Demokratie und die Bemühungen, sie zu

etablieren, immer noch vor großen Herausforderungen. Demokratie verlangt selbstständiges Denken und Handeln. Sowohl in der Gemeinde als auch in der »großen Politik« ist immer das Engagement von Bürgern gefragt. Man sollte nicht vergessen, dass in der Schule hierfür wichtige Grundsteine gelegt werden müssen.

Die Schule sollte elementare politische »Alphabetisierung« durchführen. Außerdem können durch die demokratische Praxis in der Schule bereits erste Erfahrungen gesammelt werden. Verantwortliches Diskutieren und Kritisieren kann in der Schule gelernt werden und bildet eine erforderliche Komponente zur Autonomie der Person.

Aber gleichzeitig sollte man nicht vergessen, dass die Schule nicht die einzige Institution bzw. das einzige Umfeld darstellt, in dem die bürgerschaftliche Bildung stattfindet.

Das oberste Ziel der bürgerschaftlichen Bildung muss sein, die Staatsbürger mit den Grundlagen unseres freiheitlichen, demokratischen Rechtsstaates vertraut zu machen, um auf diese Weise ihre Fähigkeit und Bereitschaft zu verantwortungsbewusstem gesellschaftlich-politischen Handeln zu fördern.

Diese Bildung kann also nicht nur auf die Schulzeit begrenzt werden, sondern betrifft genauso die Hochschulen, Nichtregierungsorganisationen wie die Familien. Bürgerschaftliche Bildung darf damit als ein lebenslanger Prozess verstanden werden.





Verein für Sprach-  
und Kulturaustausch  
in Mittel-, Ost- und  
Südosteuropa

## MitOst e.V.

Schillerstraße 57, D-10627 Berlin, Deutschland

Tel.: +49 (0)30 / 31 51 74-70

Fax: +49 (0)30 / 31 51 74-71

info@mitost.org

www.mitost.org

## MitOst begeistert, bewegt, verbindet

MitOst versteht sich als Mittler und Förderer des Kultur- und Sprachaustausches in Mittel-, Ost- und Südosteuropa (MOE). Der Verein wurde 1996 gegründet und hat inzwischen über 1.650 Mitglieder in 38 Ländern. MitOst engagiert sich im Bereich der Völkerverständigung und Bildung und führt internationale Austausch-, Bildungs- und Kulturprojekte durch. Die Tätigkeit des Vereins ist gemeinnützig, das Engagement der Mitglieder ist ehrenamtlich.

Völkerverständigung und zivilgesellschaftliches Engagement sind Kernbereiche der ehrenamtlichen Projektarbeit bei MitOst. Internationale Seminare und Workshops zu aktuellen und geschichtlichen Themen, Film- und Buchprojekte, länderübergreifende Lesereisen junger Autorinnen und Autoren oder internationale Theaterfestivals – all das sind Beispiele für Projekte von MitOst-Mitgliedern.

Höhepunkt des Vereinsjahres ist das Internationale MitOst-Festival, das jährlich in einer anderen Stadt in MOE stattfindet. Neben der Präsentation der aktuellen Projekte werden in Dutzenden Workshops praktische Kenntnisse des Projektmanagements vermittelt. Ein breites kulturelles Rahmenprogramm in Zusammenarbeit mit zahlreichen Partnerorganisationen garantiert die öffentliche Präsenz des Festivals.

Für viele Stiftungen, Vereine, Behörden und Initiativen der Zivilgesellschaft ist MitOst ein bewährter und verlässlicher Partner. Trainerpool, Kompetenzdatenbank und Beratung bei der Neuentwicklung von Programmen sind nur ein Teil des Angebots. Unter anderem führt MitOst im Auftrag der Robert Bosch Stiftung und des Fonds „Erinnerung und Zukunft“ fünf Stiftungsprogramme durch: Junge Wege in Europa, Europeans for Peace, Initiative MOE sowie das MOE-Kulturmanagerprogramm und das Theodor-Heuss-Kolleg.